

07.12.2005

476/2005

## Verkehr/Finanzen

-CS-

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

### **Schienen-Bundesmittel verbrannt - Inkompetenz im Verkehrssenat**

Mit dem Ausbau der Schienenwege befindet sich der Senat auf dem Holzweg: Während seit 1995 jährlich 40 Millionen Euro Bundesmittel im Autotunnel unter dem Tiergarten verbaut wurden, hat der Senat es nicht geschafft, dass ein einziger Cent der Bundesmittel für die Schienenwege (BschwAG) verbaut wurde. Er versuchte die Mittel zu bunkern und ließ sie dadurch teilweise verfallen.

Seit 15 Jahren warten die Karlshorster auf den dringenden Ausbau ihrer S-Bahnbrücke. Auch der Bahnhof für den Wissenschaftsstandort Karlshorst konnte nicht in Angriff genommen werden, weil der Senat 43 Millionen Euro Bundesmittel für die Grundsanierung der S-Bahn für den Lichtenrader Bahntunnel umplanen wollte. In der Kleinen Anfrage 15/12918 stellt der Senat klar, dass außerdem bereitgestellte Mittel in Höhe 19 Millionen Euro für Trassenfreihaltung und Reaktivierung der Ostbahn zwischen Lichtenberg und Ostkreuz, 10,2 Millionen Euro für den Bahnhof Buch-Süd, 0,9 Millionen Euro für den Turmbahnhof Karower Kreuz und 7,4 Millionen Euro für den Bahnhof Kolonnenstraße nicht verbaut wurden.

Leidtragende dieser Unfähigkeit sind die Fahrgäste, insbesondere im Ostteil der Stadt, wo es dringenden Grundsanierungsbedarf gibt. Aber auch die erwarteten neuen Arbeitsplätze entstanden nicht, da die DB AG auf Investitionen in Höhe von 80 Millionen Euro verzichtet hat, weil der Berliner Senat sich nicht entscheiden konnte.

Einen Teil der Mittel stellt der Bund jetzt für andere Projekte zur Verfügung, z.B. für die Anbindung zum Flughafen Schönefeld. Ein anderer Teil – auch die für den Bahnhof Buch-Süd und das Karower Kreuz – sind unwiederbringlich verloren.

Die Fraktion Bündnis 90 fordert den Senat auf, nicht weiter einseitig die Interessen der AutofahrerInnen zu vertreten, sondern sich um die Schieneninfrastruktur und um die mit dem Schienen-Investitionsprogramm verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze zu kümmern.